



Ministerium der Justiz Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

Herrn

Vorsitzenden des Rechtsausschusses  
des Landtags Nordrhein-Westfalen

Dr. Werner Pfeil MdL  
40221 Düsseldorf

Seite 1 von 1

24.09.2024

Aktenzeichen  
5310E-IV.1/Sdb.Remscheid  
Neubau  
bei Antwort bitte angeben

Bearbeiter: Herr Illerhaus  
Telefon: 0211 8792-228

nachrichtlich

Landtag Nordrhein-Westfalen  
Referat I.A.2  
40221 Düsseldorf

**Sitzung des Rechtsausschusses des Landtags am 25. September  
2024**

Anmeldung eines Tagesordnungspunktes

**Anlage**

1 Bericht

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die vorbezeichnete Sitzung des Rechtsausschusses bitte ich, folgen-  
den Punkt in die Tagesordnung aufzunehmen:

**„Erneuerung der Justizvollzugsanstalt Remscheid“.**

Der schriftliche Bericht zu diesem Punkt liegt an.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Benjamin Limbach

Dienstgebäude und  
Lieferanschrift:  
Martin-Luther-Platz 40  
40212 Düsseldorf  
Telefon: 0211 8792-0  
Telefax: 0211 8792-456  
poststelle@jm.nrw.de  
www.justiz.nrw





## **Ministerium der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen**

Sitzung des Rechtsausschusses  
des Landtags Nordrhein-Westfalen  
am 25. September 2024

Schriftlicher Bericht zu TOP

**„Erneuerung der Justizvollzugsanstalt Remscheid“**

Zum Stand der Planungen betreffend die Justizvollzugsanstalt Remscheid ist der Rechtsausschuss zuletzt mit Bericht vom 27. Februar 2023 unterrichtet worden.

Seitdem hat sich der bauliche Zustand der Anstalt weiter verschlechtert. Gerade der Haftbereich des geschlossenen Vollzugs der Anstalt ist altersbedingt in Mitleidenschaft gezogen und insbesondere aufgrund von Feuchtigkeitsschäden in weiten Teilen nicht mehr nutzbar. Am 23. September 2024 waren von insgesamt 558 vorgehaltenen Haftplätzen im geschlossenen Vollzug der Anstalt 113 Haftplätze nicht mehr belegbar – Tendenz steigend. Gleiches gilt für die technischen Anlagen der Anstalt, die nur noch mit großer Mühe instandgehalten werden können und insgesamt altersabgängig sind.

Der Standort der Justizvollzugsanstalt Remscheid ist sowohl für den geschlossenen Vollzug als auch für den offenen Vollzug unverändert attraktiv und in der Region verankert. Einerseits kennen die Bürgerinnen und Bürger der Stadt die Anstalt, andererseits kann diese auf externe Netzwerkstrukturen wie Straffälligenhilfe, Wohnungslosenhilfe, Suchthilfe, Schuldnerhilfe, Migrationsdienste und Arbeitsmarktakteure zurückgreifen. Erfolgreich ergänzt wird die Arbeit der Anstalt durch zahlreiche ehrenamtliche Kräfte aus der Region, die teilweise seit Jahren mit der Anstalt verbunden sind.

Überdies zählt die Anstalt mit ihren insgesamt 881 Haftplätzen zu den großen Haftanstalten des Landes. Ihre Unterbringungskapazität ist dauerhaft unverzichtbar.

Das Ministerium der Justiz wird deshalb den Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen als Eigentümerin der Liegenschaft beauftragen, mit den Planungen für eine umfassende Erneuerung der Anstalt zu beginnen.

Auf dem Gelände der Justizvollzugs- und der Jugendarrestanstalt sollen danach insgesamt 650 Haftplätze für männliche Gefangenen im geschlossenen (450) und offenen (200) Vollzug und 50 Unterbringungsplätze in der Sicherungsverwahrung entstehen.

Mit dem Bauvorhaben sollen optimale Rahmenbedingungen für einen behandlungsorientierten Vollzug geschaffen werden. Die Anstalt soll über eine sozialtherapeutische Abteilung und einen verstärkt gesicherten Haftbereich mit jeweils 20 Haftplätzen verfügen. Zugleich soll die Anstalt mit zeitgemäßen technischen und baulichen Sicherheitseinrichtungen ausgestattet werden.

Da eine Sanierung bzw. ein Neubau in dem geplanten Umfang im laufenden Betrieb wegen der damit verbundenen Belastungen der Bediensteten und Gefangenen nicht möglich ist, sollen die alten Anstalten komplett geräumt werden. Dies führt zugleich dazu, dass die Baumaßnahme deutlich schneller umgesetzt werden kann. Die Räumung soll nach gegenwärtiger Planung voraussichtlich Ende 2026/Anfang 2027 er-

folgen und ist u. a. von der Fertigstellung laufender Baumaßnahmen an den Standorten in Willich und Münster abhängig.

Die derzeit am Standort Remscheid beheimatete Jugendarrestanstalt soll wegen fehlenden Bedarfs dauerhaft aufgegeben werden. Die Auslastung der Jugendarrestanstalten im Land, aber auch die der Jugendarrestanstalt Remscheid im Besonderen rechtfertigen keinen Neubau.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beider Anstalten sollen - abgesehen von einem in Remscheid verbleibenden „Bauteam“ - während der Baumaßnahmen in umliegenden Anstalten eingesetzt werden. Hierzu sollen zu gegebener Zeit die Einsatzwünsche der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abgefragt werden. Den Einsatzwünschen soll entsprochen werden, soweit diese wirtschaftlich und fachlich vertretbar sind.

Ob und inwieweit die am Standort in Remscheid vorhandenen Dienstwohnungen von der Erneuerung der Anstalt betroffen sein werden, kann aktuell noch nicht beurteilt werden. Verlässliche Angaben hierzu können erst nach der vom Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen durchzuführenden Planungsphase gemacht werden.

Die Bediensteten werden beim Planungsprozess wie auch beim Bauprozess, soweit wie möglich, einbezogen werden. Ihre Arbeitsplätze werden durch den Neubau/die Sanierung nachhaltig gesichert.